

rechti gung und Selbstbestimmungsrecht der Völker; 9. Zusammenarbei t zwischen den Staaten; 10. Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben. Der Kampf um die Durchsetzung der f. K. ist untrennbarer Bestandteil des Kampfes für —*■ *Frieden*, internationale Sicherheit und Entwicklung normaler, dem demokratischen Völkerrecht entsprechenden Beziehungen zwischen den Staaten. Die Politik der f. K. entspricht dem Wesen des Sozialismus und seinem Interesse am Frieden. Durch die Veränderung des internationalen —► *Kräfteverhältnisses* zugunsten des Sozialismus und der anderen anti-imperialistischen Kräfte ist es möglich, den —*■ *Imperialismus* zur f. K. zu zwingen, obwohl er gemäß seinem aggressiven Wesen immer wieder zur Expansion und zum Krieg drängt und versucht, die gesetzmäßige Entwicklung zum Sozialismus und die Befreiung der Völker auch mit militärischer Gewalt zu verhindern oder rückgängig zu machen. F. K. ist entsprechend den bestehenden Gegensätzen zwischen den beiden Gesellschaftssystemen Sozialismus und Kapitalismus eine Form des internationalen Klassenkampfes und des damit verbundenen Wettbewerbs ' zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung, die jedoch den Kampf mit militärischen Mitteln ausschließt. Die f. K. schafft günstige Bedingungen für den Klassenkampf der Werktätigen gegen das Kapital, für ihre soziale Befreiung, für den nationalen Befreiungskampf der vom Imperialismus unterdrückten Völker sowie für die Unterstützung dieses Kampfes durch den Sozialismus. Eine Übertragung der Politik der f. K. auf den Klassenkampf innerhalb der kapitalistischen Staaten, auf den antikolonialen Kampf und auf den ideologischen Klassenkampf ist nicht zulässig, weil es sich hierbei um völlig andere gesellschaftliche

Beziehungen handelt. F. K. bedeutet deshalb nicht, den sozialen Status quo festzuschreiben. Bürgerliche Ideologen diskreditieren die Politik der f. K., indem sie die Koexistenz dieser Staaten in friedlicher Form von den ideologischen Beziehungen zwischen ihnen abhängig machen wollen. Die Politik der i. K. schließt die ideologische Auseinandersetzung ein, weil es auf dem Gebiet der Ideologie keine Kompromisse, kein *Zwischending* (Lenin, 5, S. 396) geben kann. Gegenwärtig ist zu verzeichnen, daß mit der Durchsetzung der f. K. der ideologische Klassenkampf an Schärfe zunimmt, weil die Rolle der bewußt handelnden Volksmassen gewachsen ist und der Imperialismus für seine begrenzter werdenden Möglichkeiten der Einflußnahme auf die Weltpolitik vielfältigere und raffiniertere ideologische Mittel einsetzt. »Die Politik der friedlichen Koexistenz ist der einzig gangbare Weg, auf dem die Gefahr eines neuen Weltkrieges gebannt und der Frieden dauerhaft gesichert werden kann. Zu ihr gibt es keine annehmbare Alternative. Damit den Völkern die Katastrophe eines atomaren Infernos erspart bleibt, muß sich die Vernunft dieser Politik, der sich auch realistisch denkende Staatsmänner und Politiker der westlichen Welt nicht verschließen können, als Motiv praktischen Handelns durchsetzen.« (Honecker, X. Parteitag, S. 13)

Das Erstarke n des Sozialismus, seine initiativreiche, konsequente Außenpolitik und das Anwachsen der Kräfte im Friedenskampf ermöglichen die immer umfassendere Durchsetzung der f. K. Auf der Grundlage der Verwirklichung der —*■ *Friedensprogramme des Sowjetstaates*, des XXIV. und XXV. Parteitags der KPdSU, vollzog sich besonders seit Beginn der 70er Jahre der Übergang vom kalten Krieg zur Entspannung in den internationalen